

ten begründet, die nicht gewillt sind, den Beschlüssen der Vereinten Nationen gemäß zu handeln.

Die Hauptforderung der Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker vom 14. Dezember 1960 — die Verwirklichung des Rechts aller Völker auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung — ist auch heute noch, 25 Jahre nach Annahme dieser Deklaration, von unverminderter Aktualität. Mit solchen wichtigen Dokumenten wie der Deklaration über die Prinzipien des Völkerrechts vom 24. Oktober 1970 und der Aggressionsdefinition vom 14. Dezember 1974 hat die UNO einen wesentlichen Beitrag zur Konkretisierung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz geleistet. Die im Rahmen der Organisation ausgearbeitete und bisher von 159 Staaten Unterzeichnete Internationale Seerechtskonvention vom 10. Dezember 1982 dient der friedlichen Zusammenarbeit der Staaten, der Reduzierung von Konflikten und der Verhinderung von Anarchie auf den Weltmeeren.

Ein weiteres wichtiges Aktionsfeld der UNO ist die Förderung der internationalen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit. Angesichts der gegenwärtigen Währungs- und Finanzkrise in der kapitalistischen Welt und ihrer katastrophalen Auswirkungen auf viele Entwicklungsländer sind die Beschlüsse der Vereinten Nationen über die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung auf demokratischer Grundlage von besonderem Gewicht.

#### *UNO vor neuen Bewährungsproben*

Heute, da die imperialistische Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik den Frieden wie nie zuvor seit dem zweiten Weltkrieg bedroht, ist das in der UN-Charta festgelegte Hauptziel der Organisation, den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten, aktueller denn je. Die Gefahr des Abgleitens in eine nukleare Katastrophe bedroht die gesamte Menschheit. Die Anstrengungen der Staaten im Kampf gegen die nukleare Kriegsgefahr zu vereinen, alle Reserven für die Förderung des Friedens zu mobilisieren, das ist die dringlichste Aufgabe, vor der die UNO steht.

Besonders geboten sind praktische Maßnahmen zur Verhütung eines Kernwaffenkrieges, zur Einstellung des nuklearen Wettrüstens und zur Verhinderung der Militarisierung des Weltraums. Der in der Präambel der UN-Charta proklamierten Aufgabe, „die künftigen Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren“, widmet sich die UNO seit ihrer Gründung. Bereits die allererste von den Vereinten Nationen angenommene Resolution vom 24. Januar 1946 rief zur Liquidierung der Atomwaffen und zur friedlichen Nutzung der Atomenergie auf.

Es war die UdSSR, die schon am 19. Juni 1946 einen konkreten Konventionentwurf zur Ächtung der Kernwaffen unterbreitete. Von dieser Initiative bis zu den jüngsten Vorschlägen der UdSSR an die Regierung der USA zum Stopp des Wettrüstens, die der Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU, Michail Gorbatschow, am 3. Oktober 1985 in Paris erläuterte<sup>4</sup>, führt ein gerader Weg. Michail Gorbatschow verwies auf die Notwendigkeit, angesichts der Realitäten des Kernzeitalters im politischen und militärischen Bereich umzudenken. Es bedarf der Abkehr von traditionellen Verhaltensmustern, die sich über Jahrhunderte, ja über Jahrtausende herausgebildet haben. Die ersten Schritte dieses Weges sind bekanntlich besonders schwer.

Die UdSSR ist mehr als nur einen Schritt dieses Weges gegangen. Erinnert sei an ihren am 15. Juni 1982 auf der 2. UN-Sondertagung zur Abrüstung erklärten Verzicht auf die Erstanwendung von Kernwaffen, an ihre Moratorien für Antisatellitenwaffen, nukleare Explosionen sowie die Stationierung von Mittelstreckenwaffen. Zu Recht wird nunmehr eine konstruktive Reaktion der anderen Seite erwartet. Die Vorschläge der UdSSR sind darauf gerichtet, in den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen einen Durchbruch herbeizuführen und dem Genfer Gipfeltreffen zum Erfolg zu verhelfen.

Die Realisierung dieses umfassenden, weitreichenden Friedensprogramms, das die höchsten Repräsentanten der Teil-

nehmerstaaten des Warschauer Vertrages auf der jüngsten Tagung in Sofia nachdrücklich unterstützten, würde die Einbeziehung des Weltraums in das Wettrüsten und damit eine neue, in ihren Dimensionen bisher ungekannte Runde des Rüstungswettlaufs verhindern. Der Weg zu einer einschneidenden Reduzierung der Kernwaffenpotentiale wäre freigelegt. Die Militarisierung des Kosmos würde hingegen die Hoffnungen der Menschen auf Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zunichte machen und alles in Frage stellen, was in der Vergangenheit unter vielen Mühen auf diesem Gebiet erreicht werden konnte.

Wer sich an Plänen für den „Krieg der Sterne“ beteiligt, lädt somit eine schwere Verantwortung vor seinem Volk und der Welt auf sich. Welche Möglichkeiten sich bei der friedlichen Erschließung des Weltraums unter den Bedingungen seiner Nichtmilitarisierung eröffnen, verdeutlicht dagegen überzeugend die von der UdSSR der 40. Tagung der UN-Vollversammlung unterbreitete Initiative. „Den ‚Sternenkriegs‘-Plänen und der Militarisierung des Kosmos, wie sie mit der kürzlich unternommenen Erprobung eines Satellitenabschlusses begonnen wurde, wird hier ein Weltraumfriedensplan entgegengesetzt. Seine Verwirklichung könnte die Bestrebungen der Staaten zur friedlichen Erforschung des Weltraums und zur Nutzung kosmischer Technologien zum Wohle aller vereinen.“<sup>5</sup> Die weitreichenden Vorschläge der UdSSR zur Verhinderung einer Militarisierung des Kosmos und zu seiner friedlichen Erforschung und Nutzung sind zwei Seiten einer Medaille. Sie sind Ausdruck einer auf das Wohl der Menschheit gerichteten konsequenten Friedenspolitik.

Breite Zustimmung haben auch die jüngsten sowjetischen Vorschläge und einseitigen Maßnahmen in bezug auf die nuklearen Mittelstreckenwaffen gefunden, die Michail Gorbatschow in Paris erläuterte. Diese Initiativen bieten einen realen Ausweg aus der gefährlichen Lage, die mit Beginn der Stationierung US-amerikanischer Erstschlagwaffen in Westeuropa entstanden ist. Bereits bei der Annahme des sog. Brüsseler Doppelbeschlusses der NATO hatte die DDR warnend darauf verwiesen, daß mehr Waffen nicht mehr Sicherheit bringen. Diese Erkenntnis bricht sich mehr und mehr Bahn. Zu Recht wird nunmehr erwartet, daß die andere Seite konstruktiv auf das sowjetische Angebot reagiert und keine weiteren Mittelstreckenwaffen auf dem europäischen Kontinent stationiert.

Die Organisation der Vereinten Nationen muß ihr gewichtiges Wort sprechen, um zur Gesundung der internationalen Lage, zur Verhütung einer nuklearen Katastrophe und zur Einstellung des Wettrüstens beizutragen. Der bisherige Verlauf der 40. UN-Vollversammlung hat deutlich werden lassen, daß gerade von der Jubiläumstagung neue Impulse erwartet werden.

#### *DDR-Initiativen zur Festigung der internationalen Sicherheit*

Die DDR wird alles in ihren Kräften Stehende tun, um in den entsprechenden Gremien der UN-Vollversammlung auf Beschlüsse hinzuwirken, die vor edlem der Festigung der internationalen Sicherheit und der Abrüstung dienen. Als Schwerpunkte betrachten wir:

- die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum,
- die Verhütung eines Kernwaffenkrieges,
- einen umfassenden Kernwaffenteststopp,
- das Einfrieren der Kernwaffenbestände,
- die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen.

Wie in den vergangenen Jahren wird die DDR nicht nur alle Vorschläge unterstützen, die auf entsprechende Maßnahmen gerichtet sind, sondern auch eigene Initiativen unterbreiten.

Besondere Bedeutung messen wir einem Beschluß über die Unzulässigkeit eines Kernwaffenkrieges bei. Dies ist Anliegen mehrerer seit 1982 unterbreiteter Resolutionsprojekte der DDR. Darin werden die Erklärungen der UdSSR und

<sup>4</sup> Vgl. ND vom 4. Oktober 1985, S. 1 f.

<sup>5</sup> Aus der Rede des Außenministers der DDR, O. Fischer, auf der 40. Tagung der UN-Vollversammlung, ND vom 28./29. September 1985, S. 3.